

Geheim, verdrängt, unbekannt

Lücken von Öffentlichkeit:

Worüber Medien gern schweigen – und warum sie das tun

Horst Pöttker
TU Dortmund

Abstract

Das Geheimnis wird bereits von Georg Simmel 1908 als ethisch und funktional ambivalent gedeutet:

Einerseits unentbehrlich für soziale Beziehungen und kulturelle Entwicklung, steht es andererseits individueller Selbstbestimmung und demokratischer Selbstregulierung von Gesellschaften entgegen. Diese zweite, problematische Seite des verborgen Bleibenden wird aus der Perspektive des Journalistenberufs und der ihn unterstützenden Journalistik analysiert. Zentrale Gesichtspunkte sind die Aufgabe, zutreffend und umfassend Öffentlichkeit herzustellen, und die journalistische Grundpflicht zum Publizieren. Aus dieser Perspektive werden sieben Gründe für Lücken von Öffentlichkeit analysiert: Druck von außen (z. B. Zensur), kulturelle Tabus, professionelle Routinen (z. B. Nachrichtenfaktoren), erzieherisches Selbstverständnis, Verstopfung von Kommunikationskanälen mit „junk news“ und die Selbstgenese des (Ver-)Schweigens. Am Ende werden Rechtfertigung und Initiativen, die auf medial vernachlässigte Themen hinweisen, als Möglichkeiten erwogen, um Lücken von Öffentlichkeit zu schließen.

„Spezielles Wissen, das innerhalb eines bestimmten Personenkreises oder einer bestimmten Organisation oder Institution verbleiben soll (Amts-, Beicht-, Berufs-, Militär-, Postgeheimnis); auch Phänomen, das nicht erklärbar ist.“
(wissen.de)

darf ein G. nicht ungerecht ausforschen. Wer es tut, vergreift sich an einer fremden Sache u. verletzt dadurch die (Verkehrs-)Gerechtigkeit. Auch die Klugheit fordert, daß man sich nicht zuviel mit den G.sen anderer belastet.“
(Hörmann, 1976)

So definiert das Online-Lexikon wissen.de den Begriff Geheimnis. Noch bestimmter drückt es Karl Hörmann im Lexikon der christlichen Moral aus:

„G. (secretum) nennt man eine verborgene od. zu verbergende Sache od. ein solches Wissen (Erfindung od. Tatsache). I. Das G. eines Menschen (des G.herrn) ist von seinen Mitmenschen zu achten. 1. Das Recht des Menschen darauf, daß sein G. gewahrt werde, gründet in der Bedeutung der Wahrung für sein Bestehen in der Gesellschaft u. für das Gemeinwohl. Eindringlich schildert die Hl. Schrift die nachteiligen Folgen des Verrates von G.sen für das Verhältnis der Menschen zueinander (Sir 27,16-21). 2. Die Pflicht der Achtung vor dem Recht des Menschen auf sein G. schließt in sich: a) Man

Im theologischen Kontext findet sich aber auch noch eine andere Nebenbedeutung:

„Dieses Wort beschreibt eine verborgene oder geheime Sache, die nur dem Urheber bekannt ist. In der Schrift steht es im Gegensatz zu der Offenbarung oder dem öffentlichen Handeln Gottes.“
(www.bibelkommentare.de)

1. Perspektive: die journalistische Aufgabe Öffentlichkeit

Am Begriff des Geheimnisses haftet die Vorstellung von *Legitimität*. Wer ein Geheimnis hütet, hat dafür Gründe, die oft auch für andere Menschen akzeptabel, in aller Regel jedenfalls nachvollziehbar, respektive verstehbar sind.¹ Über die

¹ Dass Verstehen von Handlung(sweis)en nicht Gutheißen derselben bedeutet, sollte seit Max Weber in den Sozialwissenschaften selbstverständlich sein (vgl. Webers Schlüsseltext

zu Erkenntnisinteresse und Methodologie der von ihm konzipierten „verstehenden Soziologie“ in Weber, 1966).

Unantastbarkeit von Post- oder Beichtgeheimnis herrscht wohl Konsens, aber auch im Privaten lassen sich Beispiele für die Akzeptanz von Geheimnissen finden: So stößt die Praxis, Weihnachtsgeschenke zu verstecken, selbst bei neugierigen Kindern letztlich auf Zustimmung. Dass Journalisten verdeckt recherchieren, wenn es um anders nicht zu beschaffende Informationen von besonderem öffentlichem Interesse geht, erklärt die Berufsethik ausdrücklich für erlaubt.² Wenn der Geheimdienst unseres Landes im Verborgenen nach Gefährdungen fahndet, finden wir das um unserer Sicherheit willen im Allgemeinen in Ordnung. Zweifel beziehen sich allenfalls darauf, dass er sich dabei in den Besitz unserer eigenen legitimen Geheimnisse bringt.³ Diese Konnotation von Legitimität oder Funktionalität des Geheimnis-Begriffs ins Zentrum der Analyse zu rücken ist fraglos eine lohnende kommunikationswissenschaftliche Aufgabe, der sich dieses Themenheft von *medien & zeit* u. a. widmet. Georg Simmel hat ihr sogar kulturhistorischen Glanz verliehen.

„Die Absicht des Verbergens nimmt eine ganz andre Intensität an, sobald ihr die Absicht der Entschleierung gegenübersteht. Dann entsteht jenes tendenziöse Verstecken und Maskieren, jene sozusagen aggressive Defensive gegen den Dritten, die man erst eigentlich als Geheimnis bezeichnet. Das Geheimnis in diesem Sinne, das durch negative oder positive Mittel getragene Verbergen von Wirklichkeiten ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit; gegenüber dem kindischen Zustand, in dem jede Vorstellung sofort ausgesprochen wird, jedes Unternehmen allen Blicken zugänglich ist, wird durch das Geheimnis eine ungeheure Erweiterung des Lebens erreicht.“
(Simmel, 1958, S. 272)

Daneben gibt es allerdings – nicht nur aus theologischer Sicht – noch eine andere Nebenbedeutung, die z. B. das Kompositum *Geheimnis-krämerei* auf harmlose Weise akzentuiert. Sie wird durch Beispiele anschaulich, bei denen die

Geheimhaltung für Andere zwar nachvollziehbar, aber eben *nicht akzeptabel* ist. Wenn Räuber ihre Beute in geheimen Verstecken deponieren, Korruption oder Drogenhandel sich im Verborgenen vollziehen und Diktatoren ihre Widersacher in dunklen Verliesen foltern lassen, verstehen wir zwar, warum sie das im Verborgenen tun, aber es herrscht Einigkeit in der Ablehnung solcher finsternen Machenschaften. Gerade im Wissen über diese gesellschaftliche Reaktion werden sie ja im Schutz des Geheimen verübt.⁴

Eine weitere Nebenbedeutung ist klarer. Man kann auch von sich aus etwas nicht wissen, im Unbekannten lassen, nicht wahrhaben wollen. Im Falle dieses Vor-sich-selbst-Verbergens verbietet es sich, von Geheimnis zu sprechen, setzt der Begriff doch eine Trennung von Subjekt und Objekt des Verbergens voraus. Stattdessen bietet sich der Begriff der *Verdrängung* an. Eine normative Ambivalenz gegenüber dem Phänomen zeigt sich freilich auch hier: Wir akzeptieren, dass Verdrängung notwendig ist, um den Alltag bestehen zu können. Man kann nicht jeden Augenblick an Auschwitz denken, so wünschbar das wäre, um die Opfer nicht zu vergessen und Ähnliches in Zukunft auszuschließen. Wir lehnen Verdrängung aber auch ab, wenn sie dazu dient, eigene, individuell oder kulturell bedingte Schuld zu leugnen und auf andere Individuen oder Kulturen zu projizieren.

Schließlich: Nicht alles Dunkle, Unerkannte, Nicht-Thematisierte ist geheim. Denn eine weitere Nebenbedeutung des Begriffs vom Geheimen und Verborgenen (abgeleitet vom transitiven Verb *verbergen*) impliziert ein mehr oder weniger aktives Subjekt. Dieses hat am Geheimhalten bzw. Verbergen Interesse (weshalb wir es *verstehen* können) und trägt dafür Verantwortung. Darüber hinaus gibt es auch Probleme, die nicht deshalb unbekannt sind, weil sie absichtlich geheim gehalten werden, sondern weil sie z. B. zu entfernt, zu kompliziert oder zu langweilig sind um Interesse zu finden. In manchen Fällen, z. B. bei einem Desinteresse an den Privatangelegenheiten

² In Richtlinie „4.1 – Grundsätze der Recherchen“ der *Publizistischen Grundsätze* (Pressekodex) des Deutschen Presserats heißt es: „Verdeckte Recherche ist im Einzelfall gerechtfertigt, wenn damit Informationen von besonderem öffentlichen Interesse beschafft werden, die auf andere Weise nicht zugänglich sind.“

³ In den öffentlichen Äußerungen zur NSA-Affäre gibt es meistens einen affirmativen und einen kritischen Tenor nebeneinander. Der affirmative lautet, es gebe in dem von der NSA gesammelten Material „Dokumente, die aufschlussreiche geheimdienstliche Erkenntnisse bereithielten: Enthüllungen über ein geheimes Atomprojekt im Ausland etwa, Informationen über das doppelte Spiel eines vermeintlichen Verbündeten sowie

zu den Identitäten von Kriminellen, die US-Netzwerke angriffen.“ Dagegen der kritische: „Neun von zehn Menschen, deren Kommunikation die NSA überwacht, sind unverdächtig: Laut *Washington Post* werden dennoch intimste Details über ihr Leben gespeichert. (...) Sexbeichten, Fotos von Frauen, die in Unterwäsche posieren, ärztliche Unterlagen, Babyfotos – all das hat die NSA im Rahmen ihrer Überwachung von Kommunikationssinhalten (...) abgefangen und gespeichert.“ (Beuth, 2014).

⁴ Es ist wohl auch diese normative Ambivalenz, die – neben der Hauptbedeutung des Verborgenen – zum Numinosen, „Geheimnisvollen“ des Begriffs vom Geheimnis beiträgt.

anderer, erscheint uns das berechtigt, ja geboten. Bei anderem, z. B. einer Gleichgültigkeit gegenüber humanitären Katastrophen in anderen Weltgegenden, trifft diese Haltung auf Unbehagen und fordert Kritik heraus. Auch beim *nicht intendierten Unbekannten* herrscht also eine Ambivalenz von zuerkannter und bezweifelnder Legitimität. Wo die Grenze zwischen legitim und illegitim, Zustimmung und Ablehnung gegenüber dem Unbekannten verläuft, ist von Epoche zu Epoche, von Kultur zu Kultur und von Beruf zu Beruf verschieden.

Die folgenden Überlegungen gelten nicht nur dem Geheimgehaltenen, sondern auch dem – vor allem kulturell – Verdrängten und nicht zuletzt dem nicht intendierten, nur aus seinen Bedin-

gungen erklärbaren Unbekannten. Sie wenden sich allerdings nicht den beiden Seiten möglicher Beurteilungen zu, sondern nur dem *Illegitimen, Dysfunktionalen, Verwerflichen* des Unbekannten.

Grund dafür ist die hier eingenommene Fachperspektive der Journalistik und damit des Journalistenberufs. Dessen konstitutive Aufgabe ist, die komplexe Welt der Moderne zutreffend, unerschrocken, fair und umfassend transparent zu machen. Es gilt das Geheimgehaltene, Verdrängte und Unbekannte ans Licht zu bringen, wo nicht andere Gründe – z. B. der Schutz der Privatsphäre – das verbieten. Die Journalistik nennt das die *Öffentlichkeitsaufgabe* des Journalismus. Im Folgenden ist deshalb nicht mehr vom Geheimen, Verdrängten und Unbekannten die Rede, sondern zusammenfassend von *Lücken von Öffentlichkeit*. Zunächst sei aber die Öffentlichkeitsaufgabe des Journalistenberufs etwas näher erläutert.

2. Öffentlichkeit und Journalismus

In den hoch komplexen, stark parzellierten Gesellschaften der Moderne reicht das unmittelbar erworbene Erfahrungswissen nicht mehr aus, damit Individuen ihr Leben auf der Höhe der Kulturentwicklung gestalten und sich kundig an sozialen Selbstregulierungsmechanismen wie Demokratie, Recht oder Markt beteiligen können. Hier bedarf es daher einer Sphäre der ungehinderten gesellschaftlichen Kommunikation,

die wir *Öffentlichkeit* nennen (vgl. Habermas, 1962/1990; Schneider, 1966; Splichal, 2002; Pöttker, 2005; Peters, 2007; Gerhardt, 2012). Sie ermöglicht dem Einzelnen, Kenntnisse von Gegebenheiten zu erlangen, die jenseits seiner unmittelbaren Wahrnehmung liegen. Sie ist eine notwendige Bedingung dafür, dass moderne Gesellschaften gewahrt werden, welche Probleme sie zu verarbeiten haben, damit sie keine zerstörerische Sprengkraft entwickeln. Die beiden Funktionen hängen zusammen, denn Information ist nötig für kundige Partizipation und kundige Partizipation ist nötig für soziale Selbstregulierung. Auch diese Idee hat Georg Simmel bereits 1908 in seinem Essay über das Geheimnis als Prinzip der Demokratie formuliert:

Komplexe Gesellschaften müssen sich im Interesse ihrer Selbstregulierungsfähigkeit darauf verlassen können, dass Journalisten ihre Öffentlichkeitsaufgabe erfüllen wollen [...] und auch erfüllen können.

„Alle Demokratie wird die Publizität für den an sich wünschenswerten Zustand halten, von der Grundvorstellung aus: daß jeder diejenigen Ereignisse und Verhältnisse, die ihn angehen, auch kennen solle – da dies die Bedingung davon ist, daß er über sie mit zu beschließen hat; und jedes Mitwissen enthält auch

schon die psychologische Anreizung, mittun zu wollen.“

(Simmel, 1958, S. 277)

Letztlich steckt hinter dem Prinzip von Öffentlichkeit die Idee der Aufklärung, dass Missstände vor allem im Verborgenen gedeihen und das Nützliche und Sinnvolle die Kenntnis der Allgemeinheit nicht zu scheuen braucht.

In modernen Gesellschaften muss Öffentlichkeit hergestellt werden, denn fortgeschrittene Differenzierung und Parzellierung bringt eine Vielzahl von sozio-kulturell gegebenen *Kommunikationsbarrieren* mit sich, die es durch gezielte Informationsbeschaffung und weite Informationsverbreitung kommunikativ zu *überbrücken* gilt. Die Kulturleistung des Journalismus besteht darin, Arbeitstechniken zu entwickeln, die Recherche und Distribution optimieren, um die Aufgabe, Öffentlichkeit herzustellen, möglichst effektiv zu erfüllen. Öffentlichkeit herstellen heißt: Für optimale *Unbeschränktheit der gesellschaftlichen Kommunikation* und optimale *Transparenz der gesellschaftlichen Verhältnisse* zu sorgen, in praxi: einem möglichst großen und vielfältigen Publi-

kum möglichst viele richtige und wichtige Informationen zu vermitteln.

Komplexe Gesellschaften müssen sich im Interesse ihrer Selbstregulierungsfähigkeit darauf verlassen können, dass Journalisten ihre Öffentlichkeitsaufgabe erfüllen *wollen*, weil sie sich ihrer bewusst sind, und auch erfüllen *können*, weil die Bedingungen ihrer Arbeit – Ausbildung, Bezahlung, rechtliche und politische Rahmenbedingungen, technische und organisatorische Ressourcen usw. – dies gestatten. Das auf die Öffentlichkeitsaufgabe konzentrierte Wollen und Können wird auch journalistische *Professionalität* genannt (vgl. Pöttker, 2010).

Weil über die Relevanz von Informationen wiederum nur in einem Prozess unbeschränkter gesellschaftlicher Kommunikation entschieden werden kann, gibt es für Journalisten eine *Grundpflicht zum Publizieren*, pragmatisch: zu umfassender Berichterstattung. Sie entspricht in etwa der ärztlichen Grundpflicht zum Heilen. Das heißt: Ähnlich wie ein Arzt nicht konkret begründen muss, warum er einen Patienten versorgt, muss ein Journalist nicht konkret begründen können, warum er etwas veröffentlicht. Ärzte müssen jedoch unter Umständen, z. B. in der Triage-Situation oder bei erbetener passiver Sterbehilfe, unter Abwägung konkurrierender Pflichten und Rechte begründen können, warum sie Patienten *nicht* versorgen. Ähnlich müssen Journalisten unter Abwägung konkurrierender Gesichtspunkte begründen können, warum sie etwas *nicht* veröffentlichen. Denn es gibt ja andere Pflichten, die die professionelle Grundpflicht zum Publizieren begrenzen und im Einzelfall übertrumpfen können. Möglicherweise existieren Gründe, die zum Verzicht auf eine Veröffentlichung zwingen. Solche Gründe liegen nicht zuletzt im Bereich der Menschenrechte (Schutz der Privatsphäre) und der Moral (vgl. Pöttker, 2013b).

Wo sich aus der Grundpflicht zum Publizieren der Drang zum Aufdecken von Geheimnissen speist, darf es Journalisten nicht darum gehen, das Aufgedeckte danach selbst geheim zu halten,⁵ so gern sie das um der Exklusivität ihrer „Geschichten“ willen zunächst auch täten. So handeln Geheim-

dienste, Intriganten und andere an Machtlogiken Orientierte. Im journalistischen Öffentlichkeitsdiskurs geht es dagegen um rasche *Zugänglichkeit* möglichst vieler richtiger und wichtiger Informationen für möglichst viele, idealiter *alle Teilnehmenden* der Kommunikationsgemeinschaft.⁶

Eine weitere Konsequenz der Grundpflicht zum Publizieren ist, dass das Übergehen von Themen, das Schweigen und Verschweigen im Zweifel ein stärkerer Verstoß gegen das journalistische Berufsethos ist als das Veröffentlichen von Überflüssigem oder eo ipso Schädlichem. Die so genannte „Medienethik“ setzt aber meistens gerade an Letzterem an (vgl. Schicha & Brosda, 2010).

Damit sind wir bei den *Lücken von Öffentlichkeit* angelangt. Im Folgenden soll anhand von Beispielen gezeigt werden, welche Gründe zu Öffentlichkeitslücken führen (können). Dabei zeichnet sich eine Typologie der Ursachen von zu schwacher Thematisierung in den Medien ab, wobei die journalistische Vernachlässigung eines relevanten Themas selbstverständlich mehrere der hier idealtypisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit unterschiedenen Gründe haben kann.

3. Zensur und andere äußere Barrieren

Beim Thema Lücken von Öffentlichkeit hat man es meistens mit historischen Beispielen zu tun, lässt sich doch über aktuelle Probleme, die nicht öffentlich werden, eben weil sie unbekannt sind, wenig sagen. Deshalb ist man auf Rückblicke angewiesen. Rückblicke auf Fälle in denen das nicht öffentlich Gewordene letztendlich doch an den Tag gekommen ist.

Im Ersten Weltkrieg wusste die deutsche Generallität spätestens im Sommer 1916, dass die Niederlage des Heeres unvermeidlich war und sich allenfalls hinauszögern ließ. Die Militärzensur sorgte jedoch dafür, dass die Bevölkerung davon nichts erfuhr (vgl. Koszyk, 2010). Diese Lücke von Öffentlichkeit hat nicht nur die *Dolchstoßlegende* möglich gemacht. Ihre Folgen reichen bis zur NS-Herrschaft und ihren Menschheitsverbrechen. Sie ist ein klassisches Beispiel dafür, dass nicht

⁵ Es sei denn, Grundrechte und -regeln wie der Schutz der Privatsphäre oder das gesetzliche Verbot von Landesverrat stehen dem entgegen und werden durch das öffentliche Interesse am Aufgedeckten nicht übertrumpft.

⁶ Der Widerspruch zwischen Öffentlichkeitsgebot und Ex-

klusivitätsinteresse ist einer der Reibungspunkte, an denen journalistische Professionalität und kommerzielles Kalkül sich trotz grundsätzlicher Übereinstimmungen zwischen publizistischer und ökonomischer Sphäre – z. B. dem gemeinsamem Interesse an großem Publikum – partiell widersprechen.

nur das Berichtete, etwa über skandalöse Verfehlungen von Prominenten und Politikern, beträchtliche Folgen haben kann, sondern auch das verborgene Gebliebene und kulturell Verdrängte. Und sie zeigt die verheerenden Auswirkungen, die ein Versagen von Öffentlichkeit als Ressource von sozialer Selbstregulierung haben kann.

Sie ist aber auch ein Beispiel für einen Grund des Mangels an Öffentlichkeit, auf den der Begriff der Geheimhaltung wegen der aktiven Rolle eines interessierten Subjekts noch einigermaßen zutrifft. An Zensur wird oft zuerst gedacht, wenn vom Problem versagender Selbstregulierung wegen mangelnder Transparenz die Rede ist. Die Väter und Mütter der deutschen Verfassung von 1949 haben sie deshalb grundsätzlich ausgeschlossen: „Eine Zensur findet nicht statt“, heißt es in Art. 5 GG.

Zensur ist ein Faktor, der von außen, in diesem Fall von der *politischen Exekutive*, auf Medien und Journalismus einwirkt, um bestimmte, in der Regel für die gerade Herrschenden unbequeme, weil ihre Herrschaft delegitimierende Informationen aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Ein seit 1978 existierendes US-Projekt, das auf Lücken der Öffentlichkeit hinweist, nennt sich *Project Censored*. Der Name impliziert, dass Zensur der einzige Grund dafür sei, dass Journalisten bestimmte Themen nicht recherchieren und an den Tag bringen. Dabei setzt das von Sozialwissenschaftlern an der *Sonoma State University* betriebene Projekt selbst überwiegend an von außen auf Medien einwirkenden Faktoren an, die weniger mit politischen als mit *Wirtschaftsinteressen* zusammenhängen. Im Vordergrund steht das Interesse von Industrie-, Handels- und Dienstleistungskonzernen an ungefährdetem Gewinn. Bei Medien setzen Wirtschaftsunternehmen solche Interessen traditionell vor allem durch selektive Vergabe bzw. Entzug von Aufträgen durch. Neben dieser Lenkungsmethode, die angesichts des Abwanderns von Werbung ins Internet⁷ tendenziell

ihre zentrale Bedeutung für die Finanzierung von Journalismus verliert, gibt es weitere Methoden um partikuläre Wirtschaftsinteressen in Medien durchzusetzen. Dazu gehören verdeckte Lobby-Zirkel wie die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* in Deutschland oder PR-Kampagnen, die sich vornehmlich an Journalisten als Adressaten und Zwischenträger ihrer Botschaften wenden. Ziel ist es, sich deren Zugang zum Publikum und deren Glaubwürdigkeit zu borgen.⁸

Die alljährlich vom *Project Censored* veröffentlichte Liste mit 25 vom US-Journalismus vernachlässigten Themen macht deutlich, dass es hier vor allem um Lücken der Öffentlichkeit geht, die auf *von außen* einwirkende Einflüsse zurückgehen. Die ersten zwölf der Top-Themen des – mittlerweile historischen – Jahres 2011 waren:

PROJECT CENSORED 2011 (www.projectcensored.org)	
1.	Global Plans to Replace the Dollar
2.	US Department of Defense is the Worst Polluter on the Planet
3.	Internet Privacy and Personal Access at Risk
4.	ICE Operates Secret Detention and Courts
5.	Blackwater (Xe): The Secret US War in Pakistan
6.	Health Care Restrictions Cost Thousands of Lives in US
7.	External Capitalist Forces Wreak Havoc in Africa
8.	Massacre in Peruvian Amazon over US Free Trade Agreement
9.	Human Rights Abuses Continue in Palestine
10.	US Funds and Supports the Taliban
11.	The H1N1 Swine Flu Pandemic: Manipulating Data to Enrich Drug Companies
12.	Cuba Provided the Greatest Medical Aid to Haiti after the Earthquake

An diesen Beispielen wird deutlich, dass sich eine Trennung von politischer Zensur und ökonomischer Lenkung zwecks vorbeugender Absicherung der Öffentlichkeit gegen heikle Themen kaum aufrechterhalten lässt. Staat und Wirtschaft

⁷ Dort können Anzeigen wegen der Zielgruppengenaugkeit des One-to-some-Kommunikations-Modus sowie der Gebrauchlichkeit von Suchmaschinen auch ohne einen redaktionellen Teil und die entsprechenden Kosten ihre Adressaten finden.

⁸ Zu den wichtigsten PR-Kompetenzen gehört daher das Wissen über journalistische Arbeitsweisen, vor allem die Kenntnis, worauf Journalisten ihre Aufmerksamkeit richten. Manche meinen deshalb, Journalistenausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage, die sich am Leitbild distanzierter

Professionalität orientiert, bereite auf eine PR-Tätigkeit sogar besser vor als viele der neuen PR-Studiengänge. Und ein Protagonist der Öffentlichkeitsarbeit wie Klaus Kocks vertritt die Ansicht, die PR-Branche müsse einen Teil ihrer beträchtlichen Ressourcen für Maßnahmen verwenden, die den in die Krise geratenen Journalismus erhalten helfen, weil ihr ohne ihn die Glaubwürdigkeit und damit das Publikum abhanden komme. Kocks benutzt dafür das Bild vom Parasiten, der an der Erhaltung der Wirtspflanze ein existentielles Interesse hat.

haben sich mittlerweile zum Konglomerat eines politisch-ökonomischen Komplexes verbunden.

Das Bemühen, Pressefreiheit und Öffentlichkeit gegen Maßnahmen des politisch-ökonomischen Komplexes und andere von außen auf den Journalismus einwirkende Beschränkungen zu verteidigen, schafft allerdings auch ein günstiges Klima für Verschwörungstheorien. Gerhard Wisnewski gibt *Das andere Jahrbuch* mit dem Untertitel „verheimlicht, vertuscht, vergessen. Was (...) nicht in der Zeitung stand“ heraus, das in Buchhandlungen und Kiosken an der Kasse liegt. Hier wird insinuiert, Terrorakte wie die Anschläge vom 11. September 2001 oder die Massenmorde vom 22. Juli 2011 in Oslo und auf Utøya seien auf Machenschaften von Geheimdiensten und Polizei zurückzuführen, um die vermeintlich vorgeschobenen Urheber dieser Attentate wie Anders Behring Breivik samt ihrer bizarren Überzeugungen verteuflern zu können. Dadurch würden „Ideologien“ wie der Multikulturalismus in den Rang der öffentlichen Meinung, gegen die sich kein Widerspruch zu artikulieren wage, erhoben (vgl. Wisnewski, 2012, S. 217-237).

Wisnewskis Unterstellung, solche Terrorakte würden von großen Organisationen geplant, um die kulturelle Hegemonie von Ideologien zu sichern, ist nicht nur abstrus. Sie ist für einen „*Enthüllungsjournalisten*“ (Umschlagtext) auch unprofessionell, weil sie nicht dem empirischen Wahrheitsbegriff des modernen Journalismus folgt, sondern nur die Frage *cui bono?* gelten lässt. Sie verwendet damit ein Wahrheitskriterium, das die Angelsachsen *common sense* und wir Deutsche und Österreicher in unserer Neigung zu biologistischen Kategorien *gesunden Menschenverstand* nennen.⁹ In einem allerdings ist Wisnewski zuzustimmen: Manche Lücken der Öffentlichkeit bestehen nur, weil wir, die Rezipientinnen und Rezipienten, nicht nach Ungereimtheiten in der medialen Überlieferung von Informationen fragen.

Journalismus ist durchaus in der Lage, Missstände wirksam aufzudecken und Öffentliche Selbstregulierung zu schaffen.

Dies fällt besonders leicht, wenn die ungereimte oder unvollständige Überlieferung mit vorherrschenden Weltbildern und Vorurteilen übereinstimmt.

Dieser Aspekt berührt eine zweite Kategorie von Gründen für die Vernachlässigung von Themen (-komplexen). Diese Gründe hängen ebenfalls mit dem gesellschaftlichen Kontext zusammen, manifestieren sich aber nicht als Druck von außen, sondern wohnen als kulturelle Selbstverständlichkeiten auch dem (Unter-)Bewusstsein von Journalisten inne und können deren professionelles Handeln prägen.

4. Tabus und kulturelle Selbstverständlichkeiten

Zunächst wieder ein Beispiel, das – auch wenn es erst vor wenigen Jahren ins Licht der Öffentlichkeit geraten ist – als historisch gelten kann.

Im Januar 2010 wurde ein Brief vom Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, Klaus Mertes SJ, bekannt. Darin entschuldigte sich der Jesuit bei den betroffenen Jahrgängen wegen zahlreicher Fälle sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in seiner Einrichtung. Damit bezweckte er nicht zuletzt, „dass das Schweigen gebrochen wird“.¹⁰ Bekanntlich kam es in der Folge in den Medien zu einer Welle immer neuer Enthüllungen von Missbrauchsfällen. Anfangs im Rahmen der katholischen Kirche, dann auch von reformpädagogischen Einrichtungen wie der Odenwald-Schule, weniger berichtet wurde über den vermutlich häufigsten Tatort der „normalen“ Familie. Die Zahl der Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Hörfunk- und Fernsehbeiträge und journalistischen Online-Produkte zu dieser Problematik in den kommenden Wochen und Monaten war Legion.¹¹

An diesem Beispiel zeigt sich, dass der Jour-

⁹ Zur Begründung der Unbrauchbarkeit dieses Wahrheitskriteriums im Journalismus vgl. Pöttker, 1998, S. 224f.

¹⁰ Abgerufen von <http://www.welt.de/vermishtes/article6014879/So-entschuldigt-sich-der-Rektor-fuer-den-Missbrauch.html>; Zugriff am 01. 08. 2014.

¹¹ Solche plötzlich anschwellenden und dann wieder abebenden Themen-Konjunkturen werden von der Kommunikations- und Medienforschung seit langem kritisch beobachtet (vgl. z. B. Otto, 2001).

nalismus durchaus in der Lage ist, Missstände wirksam aufzudecken und Öffentlichkeit als Impuls für gesellschaftliche Selbstregulierung zu schaffen. Die katholische Kirche wie die Odenwald-Schule sehen sich seitdem zu Maßnahmen veranlasst, die über individuelle Schuldeingeständnisse hinausgehen. Sie nehmen die Verantwortung der Institutionen wahr, indem sie sowohl eine psychische Entschädigung der Opfer sichern als auch Maßnahmen setzen, um Wiederholungen zu verhindern. Gleichzeitig erhob sich aber auch seitens der Kirche eine Kritik an den Medien: Diese richtet sich vor allem darauf, dass die Darstellung von Missbrauchsfällen im katholischen Bereich quantitativ überproportional und qualitativ überdramatisiert sei. Im Fokus steht also einmal mehr das vermeintlich zu viele und verzerrte Öffentlichmachen.¹²

Auf die Idee, die Frage zu stellen, warum sich die beruflichen Öffentlichmacher *erst so spät* der Problematik angenommen haben, ist die Medienschelte der kirchlichen und auch der reformpädagogischen Einrichtungen¹³ nicht gekommen. Dabei liegen die Missbrauchsfälle doch bereits Jahrzehnte zurück. Um diese Missstände rechtzeitig zu enthüllen, wären nicht einmal investigative Recherchen notwendig gewesen. Einzelne Opfer, aber auch Verantwortliche von Institutionen wie Rektor Mertes haben früh versucht, Medien auf die Problematik des sexuellen Missbrauchs hinzuweisen. Bereits 1999 ist in der *Frankfurter Rundschau* auf Veranlassung betroffener ehemaliger Schüler der Odenwald-Schule sogar ein entsprechender Artikel des Autors Jörg Schindler erschienen (vgl. Schindler, 1999) – ohne journalistische Resonanz. Oft wird gefragt, warum ausgerechnet

im Frühjahr 2010 die Welle der medialen Aufmerksamkeit hochgebrandet ist. Man kann die Frage auch umdrehen: Woran liegt es, dass die Medien solange geschwiegen haben, obwohl das Thema Missbrauch etliche Nachrichtenwertfaktoren – Schaden, Negativismus, Sexualität oder Elite-Institutionen – in Kombination erfüllt.

Die Vermutung liegt sehr nahe, dass das lange Schweigen mit kulturellen Tabus zusammenhängt. Sexualität ist nicht nur ein bewährter, weil in der menschlichen Natur verankerter Aufmerksamkeitsfaktor für „soft news“, sondern auch ein in der abendländisch-christlichen Tradition tendenziell tabuisierter Lebensbereich. Über diesen spricht man offiziell nicht gern – inoffiziell zwar gern und oft, aber lieber verklausuliert. Noch in den 1950er Jahren wurden Schülerinnen und Schüler im Biologie-Unterricht anhand der Paarung entfernter Verwandter aus dem Tier- oder gar Pflanzenreich „aufgeklärt“. Beim Missbrauch kommt hinzu, dass es sich um eine auch rechtlich scharf geächtete Form von Sexualität handelt. Damit will – jedenfalls öffentlich – niemand etwas zu tun haben. Auch Journalisten wurde qua Primärsozialisation dieses Tabu so eingesenkt wie allen anderen Mitgliedern westlicher Gesellschaften.

Die katholische Kirche und erst recht die Odenwald-Schule hätten kaum die Macht gehabt, dieses Thema durch äußeren Druck auf den Journalismus aus den Medien fernzuhalten. Aber das Tabu offen über Pädophilie zu reden und der Fratze dieser Realität ins Auge zu blicken, noch dazu im Zusammenhang mit angesehenen Insti-

¹² Nicht nur der extrem konservative, dann bald von seinem Amt zurückgetretene Augsburger Bischof Walter Mixa hat sofort in einem Interview mit der *Augsburger Allgemeinen* gemeint: „Wir haben in den letzten Jahrzehnten gerade in den Medien eine zunehmende Sexualisierung der Öffentlichkeit erlebt, die auch abnorme sexuelle Neigungen eher fördert als begrenzt.“ (Abgerufen von <http://www.welt.de/vermischtes/article6423525/Bischof-Mixa-gibt-sexueller-Revolution-Mitschuld.html>; Zugriff am 02. 08. 2014). Auch der Regensburger Erzbischof Ludwig Müller, seit 2012 Chef der vatikanischen Glaubenskongregation, hat die Kirche bereits am Passionssonntag 2010 mit dem Rückenwind der üblichen Medienschelte gegen die Enthüllungen in Schutz zu nehmen versucht: „Zu Unrecht wird von interessierter Seite der Vorwurf erhoben, die Verantwortlichen für die Personalführung hätten ohne Rücksicht auf die Opfer systematisch diese Vergehen vertuscht. Dieser Desinformation, die mit bekannten Vorurteilen gegen die katholische Kirche agiert, trete ich als Bischof mit aller Entschiedenheit entgegen. Es ist meine Pflicht, den vielen katholischen Christen, die ihrer Kirche treu verbunden sind, Mut zu machen. In der Stunde der Bedrängnis sorgt sich jeder Hirte um die Schafe. Das Heulen der Wölfe schreckt mich nicht.“ Dieses

Hirtenwort wurde vom katholischen Online-Dienst Christliches Forum als mutiger Schritt gegen das „unfaire Verhalten vieler Medien“, die angeblichen Exzesse einer „hysterischen Medienschlammschlacht“ und die „antikirchliche Jagdmeute“ gelobt. (Abgerufen von <http://charismatismus.wordpress.com/2012/07/12/medienkritik-von-erzbischof-gerhard-l-muller-das-heulen-der-wolfe-schreckt-mich-nicht/>; Zugriff am 01.08. 2014).

¹³ Ähnlich wie die zitierten Bischöfe meinte auch der Nestor der Reformpädagogik, Hartmut von Hentig, am Ende seiner öffentlichen Verteidigung gegen journalistische Behauptungen, er habe etwas vom notorischen Missbrauch an der Odenwaldschule gewusst oder sei daran beteiligt gewesen: „Die aufgeblähte pornografische Berichterstattung, die Schwammigkeit der Anschuldigungen (mindestens 8 Lehrer, mindestens 33 oder 100 oder 1000 Fälle) – ohne Angabe, wem tatsächlich welche Art von Tat zugerechnet werden kann) und die arglistige anhaltende Verdächtigung meiner Person und meines Werkes beschädigen den deutschen Journalismus. Ich habe früh für eine gerichtliche Aufklärung der Fälle plädiert [...]: damit es nicht so hysterisch zugebe wie vor dem Tribunal der Medien.“ (von Hentig, 2014).

tutionen wie der Kirche und den Reformschulen, hat hier über Jahrzehnte eine Lücke von Öffentlichkeit entstehen und andauern lassen. Dass sie 2010 endlich geschlossen werden konnte, mag auch damit zu tun haben, dass viele Täter mittlerweile ihr Leben oder jedenfalls ihren Einfluss auf ihre früheren Opfer verloren hatten. Der Hauptgrund ist aber wohl, dass das Tabu sich mit den abstoßenden Seiten der Sexualität zu befassen, infolge fortschreitender Enttabuisierungstendenzen in der Postmoderne an Geltung verloren hat.

Im Zuge postmoderner Entwicklungen können allerdings an die Stelle traditioneller Tabus auch neue kollektive Überzeugungen, etwa im Bereich des ökologischen Verhaltens oder des Diskriminierungsschutzes,¹⁴ treten. Deren Wirksamkeit als öffentliche Kommunikationsbarrieren beruht darauf, dass kaum jemand ihnen zu widersprechen wagt. Elisabeth Noelle-Neumann hat diesen Mechanismus der Konformitätsbildung *Die Schweigespirale* (vgl. Noelle-Neumann, 1980) genannt. Diese kann fraglos real existierende Probleme der Aufmerksamkeit von Journalisten und damit der Öffentlichkeit entziehen. Dafür hat sich der Begriff der *political correctness* eingebürgert (vgl. Joffe, Maxeiner, Miersch & Broder, 2007), der aus professioneller journalistischer Sicht informelle Kommunikationsverbote meint, die es zu überwinden gilt. Unter der Oberfläche von *political correctness*, der Formulierungen verfallen, ist noch eine tiefere Schicht selbstverständlicher Überzeugungen und Tabus zu ahnen. Über diese lässt sich wenig sagen, eben weil sie selbstverständlich sind. Ob der feste Glaube an Demokratie, Menschenrechte und individuelle Selbstbestimmung als Begriffe, die die Diskurse der westlichen Gesellschaften grundieren, gegenüber bestimmten Realitäten und Problemen blind macht, werden erst spätere Kohorten sagen können.

Schon heute ist aber sicher: Wenn kulturelle Tabus und kollektive Grundüberzeugungen Ursachen dafür sind, dass sich Lücken von produktiver Öffentlichkeit bilden oder fortbestehen, dann gehört es zur journalistischen Professionalität diese Tabus zu überwinden. Professionelle Öffentlichmacher

sollten selbstverständliche Überzeugungen bei sich selbst wie im Kollektiv infrage stellen.

5. Nachrichtenwertfaktoren und andere professionelle Routinen

Die *Initiative Nachrichtenaufklärung* (INA) publiziert jährlich eine Top-Ten-Liste der in den Medien am meisten vernachlässigten Themen. Erstellt wird diese Liste von einer aus Journalisten und Kommunikationswissenschaftlern zusammengesetzten Jury. Das Thema, das bei der Gründung der INA im Jahre 1997 an der Spitze stand, war von der mittlerweile verstorbenen Kommunikationswissenschaftlerin Hertha Sturm vorgeschlagen worden:

„1. Die Demokratie der 3,8 Prozent. 3,8 % - dies ist der Anteil der Personen, die, bezogen auf die wahlberechtigte Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, Mitglieder in politischen Parteien sind. Das bedeutet zum einen, dass die politischen Geschicke in unserem Land von einer Minderheit, die in Parlamenten und Regierungen vertreten ist, geleitet werden (was für repräsentative Demokratien ganz normal ist). Zum anderen rekrutieren sich jedoch aus diesem schmalen Personenreservoir nicht nur die Parlamente und Regierungsmannschaften, sondern auch die Inhaber von Leitungspositionen in nahezu allen Behörden (von Arbeitssämtern, Zollverwaltungen, Fachministerien bis zu Anstalten des öffentlichen Rechts).“¹⁵

Zu fragen woran es liegt, dass dieses Problem im öffentlichen Diskurs nach wie vor nicht präsent ist, führt ins Herz der journalistischen Professionalität. Die Routinen und paradoxerweise sogar die auf seine Aufgabe zugeschnittenen Arbeitstechniken des „Berufs zur Öffentlichkeit“ (vgl. Pöttker, 2010) können nämlich selbst zu Faktoren werden, die zur Vernachlässigung relevanter Themen in den Medien führen.

Zur journalistischen Öffentlichkeitsaufgabe gehört nicht nur gründliche Recherche und richtige Darstellung relevanter Themen, sondern auch mit diesen Inhalten ein möglichst *großes Publikum* zu erreichen. Genau genommen ist Information kein Gegenstand, sondern ein kommunikativer

¹⁴ Angeblich zum Zweck des Diskriminierungsschutzes hat in Deutschland und anderen Ländern das grundsätzliche Verbot, die Zugehörigkeit von Straftätern zu „schutzwürdigen Minderheiten“ zu nennen, sogar in den Pressekodex Eingang gefunden. (vgl. Pöttker, 2013b, 2002). Im österreichischen

Pressekodex gibt es ein ähnlich starres Formulierungsverbot nicht (vgl. auch Koszyk, 1992).

¹⁵ Abgerufen von <http://www.derblindefleck.de/top-themen/top-themen-1997/>; Zugriff am 12. 08. 2014.

Vorgang. Journalisten antizipieren daher, was die Aufmerksamkeit des potentiellen Publikums auf sich zieht. Seit Walter Lippmanns Studie über *Die öffentliche Meinung* aus den 1920er Jahren (vgl. Lippmann, 1922, dt. Lippmann, 1990) wird systematisch darüber nachgedacht, nach welchen Kriterien das Publikum und infolgedessen Journalisten ihre Aufmerksamkeit zuteilen. Und seit den 1960er Jahren gibt es auch eine empirische Forschung zu diesen *Nachrichtenfaktoren*, die von dem Friedensforscher Johann Galtung in den 1960er Jahren forciert wurde. Ziel war es, Journalisten dafür zu sensibilisieren, dass sie ihre Berichterstattung zu sehr auf spektakuläre, aber wenig relevante Gegenstände richten (vgl. Galtung & Ruge, 1965).

Lippmann identifizierte vier Nachrichtenfaktoren, nämlich *Nähe* (proximity), *Prominenz* (big names), *Überraschung* (oddity) und *Konflikt* (controversy). Winfried Schulz, der der deutschen Nachrichtenforschung in den 1970er Jahren Impulse gab, sortierte die Nachrichtenfaktoren nach sechs Dimensionen: *Zeit* (Dauer, Thematisierung); *Nähe* (räumliche, politische, kulturelle, existenzielle); *Status* (regionale und nationale Zentralität, persönlicher Einfluss, Prominenz); *Dynamik* (Überraschung, Komplexität); *Valenz* (Konflikt, Kriminalität, Schaden, Erfolg); *Identifikation* (Personalisierung, Ethnozentrismus) (vgl. Schulz, 1976). Je mehr dieser Faktoren ein Thema kombiniert, desto größer seine Chance, von Journalisten aufgegriffen und öffentlich gemacht zu werden.

Dass Nachrichtenfaktoren auch eine Kehrseite haben, liegt auf der Hand. Indem sie Aufmerksamkeit generieren, führen sie bei Themen, die nur wenige oder gar keine dieser Kriterien erfüllen, *Unaufmerksamkeit* herbei (vgl. Vock, 2007). Offenbar gehört die Demokratie der 3,8 Prozent zu diesen Themen. Da 96 Prozent der Bevölkerung keiner Partei angehören, ist für den größten Teil des Publikums *Nähe* nicht gegeben; auf *prominente Personen* lässt es sich schlecht beziehen. Von politischer Prominenz wird man kaum erwarten können, dass sie sich von den Parteien fernhält. *Überraschung* bietet das Thema nicht, es handelt sich um eine seit langem existierende Disproportionalität. Und *Konflikt* ist damit erst recht nicht verbunden, denn das Übergewicht von Par-

teimitgliedern in öffentlichen Ämtern wird seit jeher kritiklos hingegenommen.¹⁶

Nicht zuletzt aus der routinierten Orientierung an den Nachrichtenfaktoren im journalistischen Alltag ist zu erklären, dass die Demokratie der 3,8 Prozent in den Medien kaum zum Thema gemacht wird, obwohl das Problem zweifellos eine engagierte öffentliche Auseinandersetzung verdiente.¹⁷ Professionalität kann also offenbar ein Grund sein, warum Journalisten ihre berufliche Aufgabe, unerschrocken und umfassend Öffentlichkeit herzustellen, nur unvollkommen erfüllen. Wenn man allerdings unter Professionalität eine konsequente Orientierung an der Öffentlichkeitsaufgabe versteht, dann umfasst sie die Pflicht, nicht nur Tabus und selbstverständliche Überzeugungen, sondern auch das journalistische „Handwerk“¹⁸ immer wieder infrage zu stellen.

Selbstkritische Skepsis wird in der gegenwärtigen Krise des Journalismus (vgl. Barelt-Kircher et al, 2010; Pöttker, 2013a) möglicherweise dadurch beflügelt, dass der Beruf sich ohnehin grundlegend verändern muss. Ein Jahrhundert lang war die Nachrichtenfunktion sein Lebenselixier. Doch deren dominante Bedeutung verblasst (vgl. Stephens, 2014). Der Journalismus bekommt, das Tempo der Informationsvermittlung betreffend, in der digitalen Medienwelt zahlreiche und starke Konkurrenz. Er muss sich deshalb auf andere Funktionen besinnen. Zu denen gehört etwa auch das bisher nachrangig gewertete *Orientierungsangebot* für das Publikum. Damit sind das Durchleuchten von *Verhältnissen* und Informationen über partiell unverstandene Lebensbedingungen von Rezipientinnen und Rezipienten gemeint. Also mehr Wissenschafts- und Umweltberichterstattung, mehr Geschichtsjournalismus, mehr Berichte über Zivilprozesse und weniger Nachrichten über Urteile der Strafjustiz usw. (vgl. Pöttker, 03.01.2012). Wenn sich die Fixierung auf Ereignisse lockert, werden Nachrichtenfaktoren im journalistischen Arbeitsalltag ohnehin an Bedeutung verlieren.

Mit Orientierungsfunktion kann im Hinblick auf die Öffentlichkeitsaufgabe nicht der volkspädagogische Zeigefinger gemeint sein. Journalisten sind keine Erzieher. Ein solches Selbstverständnis wür-

¹⁶ Journalisten müssten Konflikte hier von sich aus hervorru- fen, was nicht zum traditionellen Selbstbild des unbeteiligten Beobachters passt.

¹⁷ Dass hier auch äußerer Druck der Parteien eine Rolle spie-

len kann, soll nicht ausgeschlossen werden.

¹⁸ Ein oft gebrauchter Begriff, der zu Missverständnissen ein- lädt: Journalismus ist mehr Kopf- als Handwerk – oder sollte es jedenfalls sein!

de ebenfalls zu Lücken von Öffentlichkeit führen, wie ein weiteres Beispiel zeigt.

6. Volkspädagogik und Weltbildvermittlung

Wenngleich die betreffende Thematisierungslücke noch nicht beseitigt ist, zeigt auch das folgende Beispiel, dass wir sie und ihre Folgen erst im Nachhinein erkennen. Dies ist geradezu typisch für vernachlässigte Themen.

Gemeint ist die Existenz eines brutalen, u. a. zu Serienmorden an Migranten bereiten rechtsterroristischen Untergrunds in Deutschland, der durch ein politisches Umfeld von Neonazis beschützt und versorgt wird. Die Öffentlichkeit, aber auch die Geheimdienste und die Kriminalpolizei haben davon erst durch das zufällige Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle im November 2011 erfahren. Meistens werden solche Fehler – zutreffend – als Versagen der für Strafverfolgung und Verfassungsschutz zuständigen Staatsorgane betrachtet. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, hat im Juli 2012 eine „schwere Niederlage der Sicherheitsbehörden“ eingeräumt.¹⁹ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich auf einer öffentlichkeitswirksamen Trauerfeier für die Mordopfer bei deren Angehörigen entschuldigt.

Aber geht die Ignoranz gegenüber dem Rechtsterrorismus und seinem sozio-politischen Nährboden nicht auch auf ein Versagen jenes Berufs zurück, der laut Bundesverfassungsgericht,²⁰ aber auch seinem oft reklamierten Selbstverständ-

nis nach darauf spezialisiert ist problematische Zustände transparent zu machen und die Allgemeinheit über Missstände und Gefahren zu informieren, damit die Probleme bearbeitet, die Gefahren abgewendet werden können – auch von dem durch die Öffentlichkeit dazu angehaltenen Staat? Hätte ein *wachsamer Journalismus* die öffentliche Fahndung, die Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt im Dezember 2011 starteten, nicht schon längst in Gang setzen müssen? Hätte er nicht längst die ineffektive Kooperation von Bundes- und Landesbehörden aufdecken und die Reform der Polizeistrukturen einfordern müssen?²¹

Wenn Journalisten sich als *Erzieher* verstehen und sich gemeinsam mit der (Kommunal-)Politik für das Wohl ihrer Gemeinde oder ihrer Nation verantwortlich fühlen, können Lücken der Öffentlichkeit entstehen.

Die Teilblindheit des Journalismus gegenüber Neonazismus und Rechtsterrorismus hat nichts damit zu tun, dass die Journalisten selbst rechte Affinitäten hätten. Abgesehen von einschlägigen Blättern wie der *National-Zeitung* oder der *Jungen Freiheit* ist das Gegenteil

der Fall, wie die Mainzer Schule der Kommunikationswissenschaft seit Jahrzehnten nicht müde wird festzustellen (vgl. Kepplinger, 1979; Donsbach, 1982). Aber gerade weil Journalisten eher linke oder links-liberale politische Einstellungen haben, ergibt sich ein Problem im Hinblick auf einen professionellen Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus. Einerseits ist es angesichts der Geschichte ihres Landes verständlich, wenn deutsche Journalisten sich auch in ihrem beruflichen Handeln möglichst weit von den Menschheitsverbrechen des NS-Regimes distanzieren und durch ihre Berichterstattung Neonazismus und Rechtsextremismus bekämpfen wollen. Andererseits kann diese mehr am Einfluss auf das

¹⁹ Abgerufen von http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/39747584_kw27_nsu_do/209000; Zugriff am 03. 08. 2014.

²⁰ In seinem Urteil zur Spiegel-Affäre vom 5. 8. 1966 hat das BVerfG diese Aufgabe von Medien und Journalismus am Beispiel der Verteidigungspolitik festgehalten. Dem Interesse der militärischen Führung an Geheimhaltung sei gegenüberzustellen, so heißt es da, „das sich aus dem demokratischen Prinzip ergebende Anrecht der Öffentlichkeit an der Information und Diskussion der betreffenden Fakten; hierbei sind auch die möglichen heilsamen Folgen einer Veröffentlichung in Rechnung zu stellen. So kann etwa die Aufdeckung wesentlicher Schwächen der Verteidigungsbereitschaft trotz der zunächst damit verbundenen militärischen Nachteile für das Wohl der Bundesrepublik auf lange Sicht wichtiger sein als die Geheimhaltung.“ (Abgerufen von www.servat.unibe.ch/

dfr/bv020162.html; Zugriff am 03. 08. 2014).

²¹ In der medienkritischen Online-Publikation *vocer* ist am 01. 10. 2012 einer der wenigen Artikel zum Versagen des Journalismus in der NSU-Affäre erschienen (vgl. Fuchs, 2012). Im deutschsprachigen Blätterwald findet sich nur ein einziger, von der Autorin Miriam Bunjes am 13. 06. 2006 im damals noch existierenden NRW-Teil der *tageszeitung* (*taz*) veröffentlichter Bericht, der vor dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 immerhin über den von Angehörigen eines Opfers angesprochenen Verdacht informiert hat, die Mörder könnten aus der rechtsextremen Ecke kommen (vgl. <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digiartikel/?ressort=hi&dig=2006%2F06%2F13%2Fa0023&cHash=1e898a583d>; Zugriff: 03. 08. 2014).

Publikum als am *Herstellen von Transparenz* orientierte und daher wenig professionelle Haltung auch dazu führen, dass dem Publikum Informationen über das Ausmaß des Rechtsextremismus und die typischen Denk- und Handlungsweisen von Neonazis vorenthalten werden.

Benedikt Reichel und Malte Wicking haben in einer Inhaltsanalyse von zwei Regionalzeitungen in West- und Ostdeutschland (*Kölner Stadt-Anzeiger*, *Mitteldeutsche Zeitung*) festgestellt, dass Rechtsextremisten in deren Berichterstattung kaum zu Wort kommen. Obwohl es im Posteingang der Zeitungen an Briefen mit entsprechenden Äußerungen nicht mangelt, fehlt der O-Ton auch in den publizierten Leserbriefen. Ganz überwiegend wird über Rechtsextremismus nur im Zusammenhang mit Gegendemonstrationen und -maßnahmen berichtet (vgl. Reichel & Wicking, 2010). Und Birte Penschorn hat in einer Studie mit ähnlicher Fragestellung durch Interviews mit Redakteuren

von Regionalzeitungen in Dortmund gezeigt, dass solche auslassende Selektion von Leserbriefen und Nachrichten auf die Furcht der Blattmacher zurückgeht, dem Thema Rechtsextremismus zu viel Raum zu gewähren und Rechtsextremen eine „Plattform“ zu bieten. Nicht zuletzt kann auch Rücksicht auf das Image der Stadt eine Rolle spielen (vgl. Penschorn, 2009). Hier wird deutlich: Wenn Journalisten sich als *Erzieher* verstehen und sich gemeinsam mit der (Kommunal-)Politik für das Wohl ihrer Gemeinde oder ihrer Nation verantwortlich fühlen, können Lücken von Öffentlichkeit entstehen. Diese helfen der Gesellschaft dabei sich über ihre Probleme hinwegzutäuschen und erschweren deren Bearbeitung. Wenn das Publikum nie zu lesen bekommt, was Rechtsextreme an die Zeitung schreiben, wenn ihm rechts-extreme Gewalt nur in der Verpackung politischer und kultureller Vorsorge serviert wird, dann kann es sich eben den *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU) und seine Mordtaten nicht vorstellen. In weiterer Konsequenz fehlt es ihm an entsprechender Wachsamkeit, auch gegenüber dem was der Staat hier zu leisten hätte.

Eine Lücke von Öffentlichkeit geht auf das alliierte Verbot zurück, nationalsozialistische Symbole zu zeigen, und die infolge dieses Verbots von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSF) verlangten Schnittauflagen für Spielfilme der NS-Zeit.

Eine volkspädagogische Haltung von Journalisten gegenüber Rechtsextremismus und -terrorismus setzt fort, was die Alliierten in den ersten Nachkriegsjahren an Entnazifizierung und Umerziehung ins Werk gesetzt haben und damals wohl auch notwendig war. Bundespräsident Theodor Heuß hat freilich schon in den 1950er Jahren vorgeschlagen, Hitlers programmatisches Buch *Mein Kampf* in kritisch kommentierter Ausgabe wieder auf den Markt zu bringen (vgl. Maser, 1966). Damit die Deutschen verstehen lernen, wie es zum NS-Regime kommen konnte, und damit sie sich gegen dessen brutale, aber auch verführerische Ideologie wappnen könnten. Die Regierung des

Freistaats Bayern hat von ihren Urheberrechten an diesem Buch aus volkspädagogischen Gründen bis heute keinen aktiven Gebrauch gemacht. Das hat eine Lücke von Öffentlichkeit entstehen lassen, deren schädliche Folgen möglicherweise erkennbar werden, wenn das Copyright ab 2016 erloschen sein wird. Möglicherweise stellen viele Leser dann fest, dass Hitlers Buch

nicht einfach, wie ohne Textkenntnis gern kolportiert, nur eine „Hetzschrift“ ist, bei der das Böse aus jeder Zeile lugt (vgl. Pöttker, 2013c).

Eine ähnlich verursachte Lücke von Öffentlichkeit geht auf das alliierte Verbot zurück, nationalsozialistische Symbole zu zeigen, und die infolge dieses Verbots von der *Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft* (FSF) verlangten Schnittauflagen für Spielfilme der NS-Zeit. Wenn man diese Filme aus der Produktion der von Goebbels überwachten deutschen Filmwirtschaft schon zeigt, dann sollte man es *mit* den ursprünglich sichtbaren Hakenkreuzen tun, damit das Publikum weiß, wann diese oberflächlich harmlos wirkende Unterhaltung entstanden ist.

7. Überforderung von Recherchekapazitäten

Zu den vier genannten Gründen für die Vernachlässigung von Themen kommen weitere strukturelle Bedingungen öffentlicher Lücken. Für diese empfiehlt es sich allerdings mehr von einer Systematik als von Beispielen auszugehen.

Zu den Ursachen mangelnder Öffentlichkeit, die ähnlich wie das Fehlen von Nachrichtenwertfaktoren auch an den Themen selbst liegen, gehört *Hyperkomplexität*. Diese überfordert mitunter Journalisten sowohl bei der Recherche als auch bei der verständlichen Darstellung. Gerade seriöse Journalisten, denen es auf Richtigkeit, Vollständigkeit und Solidität ihrer Produkte ankommt, wagen sich selten an komplizierte Zusammenhänge heran. Meist ist schon von vornherein erkennbar, dass sich mit den gegebenen Ressourcen an Zeit und Geld kaum etwas Substantielles herausfinden lässt.

In diese tendenziell gemiedene Zone gehören z. B. problematische Entwicklungen in Hochtechnologie oder Ökologie, bei denen es ebenso schwierig wie wichtig wäre die Folgen alltäglichen Konsumverhaltens abzuschätzen.²² Der Medizinberichterstattung, die kaum vermeiden kann, dass Rezipientinnen und Rezipienten aus ihr Ratschläge ablesen, kommt eine enorme Verantwortung zu. Dieser könnte sie nur gerecht werden, wenn die betreffenden Journalisten selbst so viel von Medizin und ihrer Forschung verstünden, um verlässliche neue Heilverfahren von Scharlatanerie unterscheiden zu können. Der Pressekodex,²³ der verbietet, beim Publikum unberechtigte Ängste oder Hoffnungen zu schüren, genügt hier nicht. Wenn man nicht zumindest eine elementare medizinische Ausbildung erfahren hat, lässt man als guter Journalist lieber die Finger von solchen Themen – von den notwendigen Ressourcen für gründliche Recherche ganz zu schweigen. Das führt zur Vernachlässigung solcher Themen gerade in einer Zeit, in der der Journalismus infolge des Rückgangs von Anzeigeneinnahmen und Auflagen in eine Situation geraten ist, in der Mittel für Recherche und Ausbildung zunehmend schrumpfen werden.

Was für Hochtechnologie, Ökologie und Medizin gilt, betrifft ähnlich auch andere Problembereiche, nicht zuletzt Wirtschaft und Politik. Die Entwicklungsdynamik der sich weiter ausdifferenzierenden und technisierenden Weltgesellschaft erfordert, dass sich Journalisten in allen Ressorts und Pro-

blembereichen ständig neues Sachwissen aneignen (können). Andernfalls wird es bei wichtigen Themen zunehmend zu Lücken von Öffentlichkeit kommen.

Schaut man sich gegenwärtig in den Medien um, scheint dies der Fall zu sein: Je komplizierter ein Problem, desto höher ist das Risiko, dass es *nicht* aufgegriffen wird. Der Journalismus in der ökonomischen Krise wird oft oberflächlicher. In der Politik führt das u. a. dazu, dass weniger über gesellschaftliche Zusammenhänge und politische Programme berichtet wird als über *persönliche Verfehlungen* von Politikern. Letztere lassen sich leichter recherchieren und beurteilen als beispielsweise die europäische Finanzpolitik angesichts von Staatsschulden und Euro-Krise. In Deutschland hat es in den letzten Jahren auf Druck von journalistischen Medien Rücktritte zahlreicher Politiker gegeben. Aber wann ist zuletzt ein Politiker wegen *seiner Politik* zurückgetreten und nicht wegen einer plagierten Doktorarbeit, einer Liebesaffäre mit einer Minderjährigen oder einer Falschaussage im Parlament über einen privaten Immobilienkredit?

8. Verstopfung der Kommunikationskanäle mit Informationsmüll

Wenn man von der Vernachlässigung von *Problemen* in den Medien spricht, setzt das eine Unterscheidung von gesellschaftlich wichtigen und weniger wichtigen Themen voraus. Das *Project Censored* publiziert nicht nur jährlich die Liste von 25 in den Medien zu kurz gekommenen Problemen. Die Initiative erstellt auch eine ebenso lange Liste von überflüssigen Neuigkeiten („junk news“), die die öffentlichen Kommunikationskanäle verstopfen und die Aufnahmekapazität des Publikums überfordern. Wichtigeres wird dagegen nicht selten allenfalls am Rande berichtet und wahrgenommen. In der Top-Ten-Liste der INA, die öffentlich zu kurz gekommene Probleme aufführt, über die Journalisten exklusiv berichten könnten, rangierte 2012 an erster Stelle: der Umstand, dass deutsche Richter jährlich etwa 100

²² Vgl. den hohen Anteil technologischer oder ökologischer Themen an den Top-Ten-Listen vernachlässigter Themen der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) seit 1997 (Abgerufen von <http://www.derblindefleck.de>; Zugriff am 05.08.2014). Zum Problem mangelnder Interaktion mit Institutionen infolge der Zeitverzögerung von Folgen alltäglicher Handlung(sweis)en und den sich daraus ergebenden Regulierungsdefiziten vgl. Pöttker, 1997.

²³ Ziffer 14 der Publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserats lautet: „*Medizin-Berichterstattung – Bei Berichten über medizinische Themen ist eine unangemessen sensationelle Darstellung zu vermeiden, die unbegründete Befürchtungen oder Hoffnungen beim Leser erwecken könnte. Forschungsergebnisse, die sich in einem frühen Stadium befinden, sollten nicht als abgeschlossen oder nahezu abgeschlossen dargestellt werden.*“

Millionen Euro Einnahmen aus Prozessauflagen unkontrolliert an staatliche und gemeinnützige Einrichtungen verteilen. An zweiter Stelle rangierte das Geschäft mit der Abschiebep Praxis, bei dem die europäische Grenzpolizei Frontex lukrative Großaufträge für Sammelabschiebungen an Fluglinien und andere private Firmen vergibt. Thema Nummer drei war der Widerspruch im UN-Welternährungsprogramm, das einerseits Kleinbauern in der Dritten Welt unterstützen soll, andererseits aber bei Großkonzernen einkauft, die Lebensmittel zu günstigeren Preisen anbieten.

Relevanz wohnt Themen nicht objektiv inne, sondern wird von Journalisten und vor allem vom Publikum subjektiv zugeschrieben. Dennoch dürfte Einigkeit darüber herzustellen sein, dass es sich bei diesen in den Medien wenig behandelten Themen um Probleme handelt, die mehr öffentliche Aufmerksamkeit verdienen als etwa die folgenden Nachrichten: Estelle, 18 Monate alte Enkelin des schwedischen Königs Carl Gustaf, feiert das 40-jährige Thronjubiläum des Großvaters; TV-Star Adele Neuhauser hatte eine schwere Kindheit, weil sie mit vier Jahren aus dem sonnigen Griechenland ins wolkige Wien umziehen musste; oder: Präsident Uli Hoeneß und Sport-Vorstand Matthias Sammer vom Fußballclub Bayern München streiten sich über die Strategie, mit der man Kritik an der prominenten Mannschaft äußern sollte.

Auch dieses *Zuwiel* kann ein Grund für Lücken von Öffentlichkeit sein. Die sogenannten *junk news* stammen alle vom selben Titelblatt der auflagenstärksten Zeitung Europas, dem deutschen Boulevard-Blatt *Bild* vom 16. September 2013. Dies zeigt auch, dass für das Verstopfen der Kommunikationskanäle nicht nur die (Boulevard-) Journalisten, sondern auch die von ihnen bedienten Leserinnen und Leser verantwortlich sind.

9. Das Schweigen über das Schweigen

„Das Zitat. Silentium. ‚Vom Schweigen über das Schweigen‘ – ‚Gesprächs-Thema auf einer medienwissenschaftlichen Tagung in Siegen am 9. Dezember“

So hat es *Der Spiegel* in seiner Ausgabe Nr. 50 vom 08. 12. 1997 zugespitzt. Vermutlich fand

die Redaktion die Wendung witzig, weil die Leiterin der konkurrierenden Journalistenschule *Gruner + Jahr* an der Tagung beteiligt war.²⁴ Gleichwohl hat sich das Nachrichtenmagazin, das seit der nach ihm benannten Affäre (vgl. Pöttker, 2012) als „Sturmgeschütz“ der Demokratie und des investigativen Journalismus gelten möchte, damit über ein Problem lustig gemacht, das und jeden professionellen Journalisten beunruhigen muss. Und es hat eine seltene Gelegenheit verpasst, diesem Problem wenigstens publizistisch zu Leibe zu rücken.

Selten sind solche Gelegenheiten, weil das Schweigen, das Nicht-öffentlich-werden, selbst eine Ursache dafür ist, dass Lücken von Öffentlichkeit bestehen (können). Sie soll hier als letzte erwähnt werden, auch wenn das selbstverständlich oder komisch erscheinen mag (vgl. Pöttker, 1999).

Das Verschwiegene, nicht öffentlich Gewordene setzt sich aus sich selbst heraus fort, weil es anders als das zu viel, verzerrt oder falsch Berichtete keinen Anlass gibt, es zu kritisieren oder überhaupt darüber zu sprechen. Auch deshalb muss das gar nicht Berichten, das (Ver-)Schweigen für den Beruf, dessen Aufgabe das Herstellen von Öffentlichkeit ist, als besonders schweres Vergehen gegen publizistische Professionalität gelten.

In den Diskussionsrunden eines internationalen, von Sozialwissenschaftlern aus West- und Mitteleuropa, Nordamerika und Russland betriebenen Projekts zur Bedeutung von Medien für interkulturelle Integrationsprozesse in Migrationsgesellschaften, tauchte eine Frage auf, bei der die beteiligten Wissenschaftler aus dem Fach Journalistik sich deutlich von den anderen Teilnehmern unterschieden. Während letztere sich einig waren, dass eine diskriminierende, negative Stereotypen bedienende Berichterstattung am schädlichsten sei, hielten die beiden Journalismusforscher es für noch problematischer, wenn Migranten und ethnische Minderheiten in den Medien gar nicht vorkommen (vgl. Round Table Discussion, 2009). Kenneth Starck von der University of Iowa begründete das mit einer Metapher: Das Gegenteil von Liebe sei nicht Hass, sondern Gleichgültigkeit.

Der sachliche Grund für diese Position, welche für ein berufsorientiertes Fach charakteristisch ist, ist die erwähnte journalistische Grundpflicht zum Publizieren. Sie muss auch deshalb gelten, weil das Nicht-Publizieren sich selbst in potenzierender Weise zur Folge hat.

²⁴ Abgerufen von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9276391.html>; Zugriff am 07.08.2014.

10. Was lässt sich gegen (Ver-)Schweigen tun?

Zensur, Tabus, Nachrichtenfaktoren, volkspädagogisches Selbstverständnis, Hyperkomplexität, „junk news“ und Schweigen über das Schweigen – sieben Gründe, warum Journalisten ihre Grundpflicht zum Publizieren systematisch verletzen. Sieben Ursachen für das Entstehen der Lücken von Öffentlichkeit. Aber was lässt sich dagegen tun?

Zunächst sei noch einmal betont: Lücken von Öffentlichkeit lassen sich nur schwer füllen, denn über das Geheime, Verdrängte oder einfach nur Unbekannte lässt sich kaum diskutieren, eben weil es nicht öffentlich geworden ist. Das Schweigen zeugt sich fort. Auch deshalb sind Maßnahmen gegen das Verletzen der journalistischen Grundpflicht zum Publizieren eine Sisypusarbeit. Im Grunde genommen ist das Herstellen von Öffentlichkeit überhaupt eine Sisypusarbeit (vgl. Pöttker, 2008), weil Journalisten davon ausgehen müssen, dass das Publikum wenig Interesse an Unvertrautem und Neuem hat. Menschen wollen mit sich selbst in Einklang bleiben, streben nach kognitiver und emotionaler Konsonanz (vgl. Festinger, 2012) und recherchieren deshalb von Natur aus nicht gern.

Aber auch die Aufgabe der Ärzte, das Leben ihrer Patienten zu erhalten, lässt sich nicht ad infinitum erfüllen. Jede Patientin und jeder Patient muss irgendwann sterben. Wenn wir zum Arzt gehen erwarten wir trotzdem, dass er professionell genug ist, um sich konsequent an der Aufgabe seines Berufs zu orientieren. Wir wollen ihm in dieser Hinsicht vertrauen können. Ähnlich muss die Gesellschaft sich darauf verlassen können, dass Journalisten sich konsequent auf die Aufgabe Öffentlichkeit konzentrieren. Es gilt ein Optimum an individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Selbstregulierung zu ermöglichen. Für Sisypusaufgaben ist nicht nur charakteristisch, dass sie unerfüllbar sind, sondern auch, dass man sie nicht lassen kann.

Genau betrachtet erfordert das Füllen von Öffentlichkeitslücken nichts anderes als das Herstellen von Öffentlichkeit überhaupt: Entschlossene und findige *Recherche* – nicht nur gegen äußere Widerstände wie Geheimhaltung und Zensur, sondern auch gegen innere Barrieren wie Tabus, scheinbar selbstver-

ständige Grundüberzeugungen und traditionelle Selbstbilder, nicht zuletzt sogar gegen professionelle Routinen (vgl. Pöttker, 2007). Auch Journalisten recherchieren von Natur aus nicht gern und müssen sich deshalb eine zweite, professionelle Natur antrainieren. Dabei mag ihnen das listige Überwinden äußerer Hindernisse noch leichter fallen als das selbstkritische Überwinden innerer Barrieren.

Aber Journalisten, die sich konsequent an der Aufgabe Öffentlichkeit orientieren, können ihr Recherchepotential gezielt stärken: Es gilt sich gegen äußere Hindernisse wie die notorische Unterfinanzierung der Recherche in Medienbetrieben zu stemmen. Die Bildung von Interessensverbänden ist diesem Ziel ebenso dienlich wie die individuelle Entwicklung des Recherchewillens auch gegen innere Widerstände.

Was Initiativen und Organisationen zur Überwindung äußerer Hindernisse betrifft, lässt sich neben dem *Project Censored* in den USA auf das *netzwerk recherche* (nr) in Deutschland hinweisen. Auch wenn sich das nr gegen Vorwürfe verteidigen muss, unter dem bis 2011 amtierenden Vorsitzenden Thomas Leif durch die publizistische Schonung von Sponsoren und die unrechtmäßige Verwendung von Fördergeldern seine eigenen Prinzipien verletzt zu haben (vgl. Holland-Letz, 2006; Wiegand, 2011). Das nr stemmt sich nicht nur gegen den Einfluss politischer und wirtschaftlicher Partikularinteressen auf den Journalismus, sondern auch gegen die Unterausstattung investigativer Aktivitäten in den Medien. Außerdem kümmert es sich um Rechercheaus- und -weiterbildung sowie Unterrichtsmaterial dazu,²⁵ wobei die Vermittlung von erlernbaren Techniken im Zentrum steht.

Damit kann sich Rechercheaus- und -weiterbildung freilich nicht begnügen. Sie sollte ihren Fokus auf die berufliche *Grundeinstellung* von (angehenden) Journalisten richten. Ziel ist die Vermittlung der Einsicht, dass die Bereitschaft zur Recherche der natürlichen Selbstbestätigungsneigung in einem lebenslangen Prozess der persönlichen Emanzipation, der sozialen Selbstreflexion und der beruflichen Sozialisation abgetrotzt werden muss.

Wie kaum ein anderes professionelles Problem ist das Füllen von Öffentlichkeitslücken durch Recherche eine ständige Herausforderung für die journalistische Berufsethik. Sie erfordert bewusste (Selbst-)

²⁵ Eine Zusammenstellung findet sich bei <http://recherche-info.de/handouts-recherche-kann-man-lernen/>; Zugriff am 07.08.2014.

Erziehung zur Offenheit auch gegenüber Themen, die einem gegen den Strich gehen. Diese *Offenheit*, die für das Herstellen von *Öffentlichkeit* unerlässlich ist, müssen Journalisten trainieren, bis sie zur zweiten Natur geworden ist. Dabei können sie von der *Wissenschaft* lernen, der traditionell die Rolle des Tabubrechers zufällt. Die Methodologie der empirischen Sozialforschung stellt einen Kasten mit Kontrollwerkzeugen bereit, die alle dem Zweck dienen, Forscherinnen und Forschern daran zu hindern, nur das festzustellen was sie feststellen möchten. Viele der in der sozialwissenschaftlichen Methodologie diskutierten Probleme und gut begründeten Einsichten lassen sich auf die journalistische Recherche übertragen. Die Nähe von Sozialforschung und journalistischer Recherche – naheliegend ist der Begriff *Sozialrecherche* – ist ein wichtiges Argument, warum Journalistenaus- und -weiterbildung von *Universitäten* besorgt werden sollte.²⁶

Schließlich: Um Lücken von Öffentlichkeit zu schließen, braucht auch der Journalismus selbst etwas, für dessen Entstehen er anderen gegenüber verantwortlich ist – *öffentliche Kritik*. Letztlich wird er es nicht von sich aus schaffen, die Recherche so von ihren diversen äußeren und inneren Fesseln zu befreien, dass von Journalisten bisher vernachlässigte

Themen trotz des sich fortzeugenden Schweigens in den öffentlichen Diskurs gelangen. Er braucht dazu Anstöße und Hilfen von außen, nicht zuletzt von der ihn stützenden Wissenschaft.

Deshalb prüft die *Initiative Nachrichtenaufklärung* (INA) Hinweise auf vernachlässigte Themen, die von außen an sie herangetragen werden. Dies geschieht zunächst in wissenschaftlichen Rechercheseminaren mit Hilfe von Experten und Datenbanken. Ermittelt wird, ob diese Themen triftig, also recherchierbar und außerdem tatsächlich in den Medien vernachlässigt sind. Nur Vorschläge, die dieser Prüfung standhalten, werden der Jury aus Wissenschaftlern und Journalisten zur Entscheidung über die Top-Ten-Liste vorgelegt.

Das Ziel der INA ist, Journalisten dazu anzuregen, triftige und relevante, aber bisher vernachlässigte, also exklusive Themen aufzugreifen und die Berichterstattung darüber zu intensivieren. Bei der INA ist man sich bewusst, dass dadurch strukturelle Gründe für Öffentlichkeitslücken wie die oben erläuterten nicht verschwinden. Aber sie liefert ein Beispiel, wie das Sisyphusproblem des öffentlichen (Ver-)Schweigens zwar nicht gelöst, aber angegangen werden kann.²⁷

²⁶ Als Fachliteratur dazu vgl. Klammer, 2005.

²⁷ Journalisten, die im Sommerloch und anderen Ereignisflauten nach exklusiven Themen suchen, finden die Top-

Ten-Listen der Jahre 1997 bis 2013 auf der INA-Homepage: <http://www.derblindfleck.de/top-themen/>; Zugriff am 08.08.2014.

Bibliographie:

- Bartelt-Kircher, G. et al. (2010). *Krise der Printmedien: Eine Krise des Journalismus?* Berlin, New York.
- Beuth, P. (06.07.2014). Snowden-Dokumente. Wie Unschuldige im Schleppnetz der NSA landen. In: *zeit online*, Abgerufen von <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2014-07/nsa-ueberwachung-90-prozent-unverdaechtige>, Zugriff am 01.08.2014.
- Bibel-Lexikon. Abgerufen von [http://www.bibelkommentare.de/index.php?page=dict&";](http://www.bibelkommentare.de/index.php?page=dict&) Zugriff am 25.07.2014.
- Donsbach, W. (1982). *Legitimationsprobleme des Journalismus*. Gesellschaftliche Rolle der Massenmedien und berufliche Einstellungen von Journalisten. Freiburg i. Br., München.
- Festinger, L. (2012). *Theorie der Kognitiven Dissonanz*. Bern.
- Fuchs, Ch. (01.10.2012). *Wir waren alle blind*. Abgerufen von <http://www.vocer.org/wir-waren-alle-blind/>, Zugriff am 03.08.2014.
- Galtung, J. & Ruge, M. H. (1965). The Structure of Foreign News. The Presentation of Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers. In: *Journal of Peace Research*, 2 (1), S. 64-91.
- Gerhardt, V. (2012). *Öffentlichkeit: Die politische Form des Bewusstseins*. München.
- Habermas, J. (1962/1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied.
- Holland-Letz, M. (04.08.2006). Fallstrick Recherche. In: *die tageszeitung*, Abgerufen von <http://www.taz.de/1/archiv/?id=archiveseite&dig=2006/08/04/a0173>, Zugriff am 07.08.2014.
- Hörmann, K. (1976). *Lexikon der christlichen Moral*. Abgerufen von <https://stjosef.at/morallexikon/geheimni.htm>, Zugriff am 25.07.2014.
- Joffe, J., Maxeiner, D., Miersch, M. & Broder, H. M. (2007). *Schöner Denken*. Wie man politisch unkorrekt ist. München.
- Kepplinger, H. M. (Hg.) (1979). *Angepaßte Außenseiter*. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. Freiburg i. Br.
- Klammer, B. (2005). *Empirische Sozialforschung*. Eine Einführung für Kommunikationswissenschaftler und Journalisten. Konstanz.
- Koszyk, K. (1992). Zur Geschichte der Pressefreiheit in Deutschland. Als die Ethik zum Maulkorb der Medien wurde. In: Haller, M. & Holzhey, H. (Hg.), *Medien-Ethik*. Beschreibungen, Analysen, Konzepte. Opladen, S. 76-86.
- Koszyk, K. (2010). Journalismus und „Volksstimmung“ im Ersten Weltkrieg. In: Eberwein, T. & Müller, D. (Hg.), *Journalismus und Öffentlichkeit*. Eine Profession und ihr gesellschaftlicher Auftrag. Wiesbaden, S. 455-466.
- Lippmann, W. (1922). *Public Opinion*. New York.
- Lippmann, W. (1990). *Die öffentliche Meinung*. Bochum.
- Maser, W. (01.08.1966). Fahrplan eines Welteroberers. Adolf Hitlers „Mein Kampf“. In: *Der Spiegel*. (32), Abgerufen von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46408293.html>, Zugriff am 29.07.2014.
- Noelle-Neumann, E. (1980). *Die Schweigespirale*. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. München.
- Otto, K. (2001). *Thematisierungsstrategie in den Massenmedien und ihre Auswirkung auf die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger*. Thematisierung und Deutung des Problems „Waldsterben“ in den achtziger Jahren. Diss. Univ. Dortmund.
- Penshorn, B. (2009). *Schreiben oder schweigen? Die Berichterstattung über Rechtsextremismus*. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Westfälischen Rundschau, der Ruhr Nachrichten und der Rheinischen Post am Beispiel der Berichterstattung über den 1. Mai 2009. Bakkalaureatsarbeit Univ. Dortmund.
- Peters, B. (2007). *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M.
- Pöttker, H. (1997). *Entfremdung und Illusion*. Soziales Handeln in der Moderne. Tübingen.
- Pöttker, H. (1998). Von Nutzen und Grenzen der Medienfreiheit. Daniel Defoe und die Anfänge eines Ethos der Öffentlichkeitsberufe. In: Wunden, W. (Hg.), *Freiheit und Medien*. Beiträge zur Medienethik, Bd.4. Frankfurt a. M., S. 207-226.
- Pöttker, H. (1999). Initiative Nachrichtenaufklärung: Zwölf Thesen über das öffentliche (Ver-)Schweigen. In: Ludes, P. & Schanze, H. (Hg.), *Medienwissenschaften und Medienwertung*. Opladen, Wiesbaden, S. 161-169.
- Pöttker, H. (2002). Wann dürfen Journalisten Türken Türken nennen? Zu Aufgaben und Systematik der Berufsethik am Beispiel des Diskriminierungsverbots. In: *Publizistik*, 47 (3), S. 265-279.
- Pöttker, H. (2005). Öffentlichkeit/Öffentliche Meinung. In: Weischenberg, S., Kleinsteuber, H. J. & Pörksen, B. (Hg.), *Handbuch Journalismus und Medien*. Konstanz, S. 329-33,

- Pöttker, H. (2007). Recherche – chronisches Defizit des Journalismus. Die INA bemüht sich um Ausgleich. In: Pöttker, H. & Schulzki-Haddouti, Ch. (Hg.), *Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt?* 10 Jahre „Initiative Nachrichtenaufklärung.“ Unter Mitarbeit von Tobias Eberwein. Wiesbaden, S. 15-23.
- Pöttker, H. (2008). Öffentlichkeit als Sisyphusarbeit. Über unlösbare Widersprüche des Journalismus. In: Pörksen, B., Loosen, W. & Scholl, A. (Hg.), *Paradoxien des Journalismus*. Theorie – Empirie – Praxis. Wiesbaden, S. 63-78.
- Pöttker, H. (2010). Der Beruf zur Öffentlichkeit. Über Aufgabe, Grundsätze und Perspektiven des Journalismus in der Mediengesellschaft aus der Sicht praktischer Vernunft. In: *Publizistik*, 55 (2), S. 107-128.
- Pöttker, H. (03.01.2012). Fort mit Kommunikationsbarrieren. Erwägungen zur Rolle des Journalismus in der digitalen Medienwelt. In: *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ), Abgerufen von <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/fort-mit-kommunikationsbarrieren-1.14038105>, Zugriff am 03.08.2014.
- Pöttker, H. (2012). Meilenstein der Pressefreiheit – 50 Jahre „Spiegel“-Affäre. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 62 (29-31), S. 39-46.
- Pöttker, H. (2013a). Journalismus in der Krise. Ein differenzierungstheoretischer Erklärungsversuch. In: Imhof, K, Blum, R., Bonfadelli, H. & Jarren, O. (Hg.), *Stratifizierte und segmentierte Öffentlichkeit*. Wiesbaden, S. 29-45.
- Pöttker, H. (2013b). Öffentlichkeit oder Moral? Über den inneren Widerspruch des journalistischen Berufsethos am Beispiel des deutschen Pressekodex. In: *Publizistik*, 58 (2), S. 121-139.
- Pöttker, H. (2013c). Mein Kampf. In: Benz, W. (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus*. Bd. 6. Berlin, S. 449-452.
- Reichel, R. & Wicking, M. (2010). „Auch die begleitenden Ehefrauen betonen ihr nachhaltiges Engagement im Kampf gegen Rechts“. *Wie berichten Regionalzeitungen in Ost- und Westdeutschland über Rechtsextremismus?* Eine inhaltsanalytische Untersuchung mit empirischen und hermeneutischen Methoden am Beispiel des Kölner Stadt-Anzeigers und der Mitteldeutschen Zeitung (Halle). Dipl. Arbeit Univ. Dortmund.
- Round Table Discussion. (2009). Worst Case and Best Practice in European and North American Media Integration: What Can We Learn from One Another?, In: Geißler, R. & Pöttker, H. (Hg.), *Media Migration Integration*. European and North American Perspectives. Bielefeld, S. 219-244.
- Schicha, Ch. & Brosda, C. (Hg.) (2010). *Handbuch Medienethik*. Wiesbaden.
- Schindler, J. (17.11.1999). Der Lack ist ab. In: *Frankfurter Rundschau*, Abgerufen von <http://www.fr-online.de/missbrauch/odenwaldschule---fr-anno-1999-der-lack-ist-ab,1477336,2823512.html>, Zugriff am 02.08.2014.
- Schneider F. (1966). *Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit*. Neuwied.
- Schulz, W. (1976). *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*. Freiburg, München.
- Simmel, G. ([1908] 1958). Das Geheimnis und die geheime Gesellschaft. In: *Soziologie*. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 4. Aufl. Berlin, S. 256-304.
- Splichal, S. (2002). Rethinking Publicness: The Precedence of the Right to Communicate. In: *javnost - the public*, 9 (3), S. 83-106.
- Stephens, M (2014). *Beyond News*. The Future of Journalism. New York.
- Vock, R. (2007). Was gilt als wichtig? Über die strukturelle Vernachlässigung von Nachrichten. In: Pöttker, H. & Schulzki-Haddouti, Ch. (Hg.), *Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt?* Zehn Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung. Unter Mitarbeit von Tobias Eberwein. Wiesbaden, S. 35-54.
- von Hentig, H. (25.03.2010). Missbrauch an der Odenwaldschule. „Was habe ich damit zu tun?“. In: *Die Zeit*, (13), Abgerufen von <http://www.zeit.de/2010/13/DOS-Hentig>, Zugriff am 01.08. 2014.
- Weber, M. (1966). *Soziologische Grundbegriffe*. 2., durchges. Aufl. Tübingen.
- Wiegand, R. (03.07.2011). Aufklärer in Erklärungsnot. In: *Süddeutsche Zeitung*, Abgerufen von <http://www.sueddeutsche.de/medien/netzwerk-recherche-ohne-thomas-leif-aufklaerer-in-erklarungs-not-1.1115613>, Zugriff am 07.08.2014.
- Wisnewski, G. (2012). *Das andere Jahrbuch*. Verheimlicht, vertuscht, vergessen. Was 2011 nicht in der Zeitung stand. München.
- Wissen.de Lexikon. Abgerufen von <http://www.wissen.de/lexikon/geheimnis>; Zugriff am 25.07.2014.

Horst PÖTTKER

Dr. phil.-hist. habil., war von 1995 bis 2013 Inhaber der Professur für Theorie und Praxis des Journalismus an der (seit 2007 Technischen) Universität Dortmund und dort verantwortlich für den Fachschwerpunkt Gesellschaftliche und historische Grundlagen des Journalismus. Von 2002 bis 2013 hat er die *Initiative Nachrichtenaufklärung* (INA) als Geschäftsführer koordiniert. Seit 2013 nimmt er Lehraufträge an den Universitäten Wien und Hamburg wahr und pflegt Kooperationen mit den russischen Universitäten Rostov a. D., St. Petersburg und Stavropol.

Aktuelle Publikationen:

- Pöttker H. & Vehmeier A. (2013). *Das verkannte Ressort*. Probleme und Perspektiven des Lokaljournalismus. Wiesbaden: Springer VS
- Pöttker H. & Kiesewetter C. (Hg.) (2011). Wann beginnt der Journalismus? *medien & zeit*, 26 (2). Wien: Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“
- Pöttker H. & Toepser-Ziegert G. (Hg.) (2010). *Journalismus, der Geschichte schrieb. 60 Jahre Pressefreiheit in der Bundesrepublik Deutschland*. (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 65) Berlin, New York: De Gruyter
- Pöttker H., Kurz J., Müller D., Pötschke J. & Gehr M. (Hg.) (2010). *Stilistik für Journalisten*. Lehrbuch. 2., erw. u. überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Pöttker H. & Geißler R. (Hg.) (2010). *Medien und Integration in Nordamerika*. Erfahrungen aus den Einwanderungsländern Kanada und USA. (= Medienumbrüche, Bd. 35). Bielefeld: transcript
- Pöttker H. & Schwarzenegger C. (Hg.) (2010). *Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung*. (= Journalismus International, Bd. 6). Köln: Herbert von Halem Verlag 2010
- Pöttker H., Bepalova A. G. & Kornilov E. A. (†) (Hg.) (2010). *Journalistische Genres in Deutschland und Russland*. Handbuch. (= Journalismus International, Bd. 4). Köln: Herbert von Halem Verlag